

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle, Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ der Arbeiterbewegung. Schriftleitung: Dr. Wäckerle, Halle, Marktstraße 6. Telefon 2465, 2467, 2605. Vertriebsstellen: Halle, Marktstraße 6. Halle, Marktstraße 6. Halle, Marktstraße 6. Halle, Marktstraße 6.

Verkaufspreis monatlich 1,80 und 0,30 RT. Zustellungsgebühr, inbegriffen 2,10 RT. für Mitglieder mindestens 0,45 RT. Werbebeiträge 2,10 RT. durch Vorbestellen angefordert 2,50 RT. Bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 RT. - Einzelpreis 15 Pf. im Voraus - im Restanteil der 10. Nummer. Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Wäckerle, Halle, Marktstraße 6. Telefon 2465, 2467, 2605. Postfach 20319 Halle.

Nazieträger verhandeln mit der „schwarzen Pest“ Nach Entrechtung des Volkes... Die Wandlungen der braunen Volksverderber

Der billige Jakob

Ausverkauf in den braunen Häusern

Die muß es heute im Kopf eines biederen SA-Mannes klingen und schmerzen, der vor etwa 14 Tagen, auf Befehl seines Oberfeldes, zwei Wochen Urlaub von der Polizei nahm, jetzt wieder-gelassen ist und sein Leib- und Magenblatt anständig. Er wird glauben, die Welsen von Zion hätten entweder die Köpfe der Redaktion oder die Buchstaben verdreht!

rief Nazi-Kübe am Ende der preussischen Landtagsession vor dem 20. Juli und jetzt, wo Japan nach allem Nazirezept ein ihm widerpenstiges Parlament auflösen will, jetzt schreit dieserlei Nazis Jeter und Morb und halten die von ihnen, dort, wo sie herrschen, hundertfach durchsicherte Verfassung als Schutzschild vor. Hunderttausendmal haben sie in allen Versammlungen und Zeiteln dem Volke mit Schaum vor dem Munde gesagt, „das unheimliche jüdische System ist schuld“, das die Vaterlandsverräter und Novemberverbrecher dem deutschen Volke oktroyiert haben. „Fort mit dem System.“ Heute ist daselbe System zum Säulenstutzen und Schutzpatron der Braunen Häuser geworden. Hitler und seine SA schreien Eide darauf, es zu halten wie ihr kostbares Kleinod. Es gibt heute in Deutschland kaum noch treuerer Anhänger der Verfassung von Weimar wie diese Hitler, Göring, Kube und Konforten.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion stellt am Dienstagabend den Antrag an den Reichspräsidenten Heß, die alle über 100000 Reichsmark im Jahre aus der Wandtabelle des Reichs-lagers entfernen zu lassen. Nazi-Göring hätte es in seiner Hand. Aber Nazi-Göring verweigert das Ansuchen der Freunde von Hartung. Das Zentrum, die Schwarz-Weiß, könnte ablehnen werden. Es geht noch weiter. Unter dem Jubel der Braunen Häuser, an ihr Verlangen und nur durch Hitlers Hilfe wurde Brüning gestürzt, wurde das Kabinett Japan aus

der Taufe gehoben. Auf schriftliches Verlangen des Reichspräsidenten Kerrl vom Preussischen Landtag wurde die Regierung Braun-Seydewitz-Hinrichs ihres Amtes verjagt und ein Reichskommissar eingesetzt. Heute trägt der Nazi-Kerrl eine Bekleidung nach der anderen, einen Drossel nach dem anderen gegen das „ver-falschungs-widrige Verhalten“ des Reichskommissars. Papen-Schleicher, denen Herr Hitler Treue um Treue schwor, sie sind ihm heute so verhasst, daß er gar nicht oft und lange genug mit den Abgeordneten des Zentrums zusammen sitzen kann. Herr Brüning möchte am liebsten gleich morgen gehen die firsichliche Ehe mit einer Zentrumsabgeordneten eingehen.

So hat sich alles gemeindet - innerhalb zwei Wochen. Was gestern noch verdammt werden mußte, wird heute angebetet. Es ist großer Räumungsaufruhr in allen Braunen Häusern. „Fort mit Schaben“, verkauft zu jedem Preis alle Droschken, Jagdgewehre, Eisenbüchsen, Grammophonplatten, Wanduhren, elektrische Geräte, alles für politische ABC-Schützen, und nicht mehr lange, dann ist er eingestampft und begraben: der Kampf „Mein Kampf“ des Herrn Hitler!

Die Betrogenen sind die, die bisher alles glaubten, was ihnen aus den Braunen Häusern vorgekramelt wurde: an das Hitler-Paradies, an den Kampf gegen die schwarze Pest! und was ihnen sonst noch alles vorge-lagen worden ist.

Fünf Jahre Zuchthaus für einen Reichsbannermann wegen „Totschlagversuch“

Das ungeheuerliche Urteil!

Ein Nazi tötet „auf Verlangen“... / Berliner Sondergerichtsurteil

Das Berliner Sondergericht - Vorsitzender Land-gerichtsdirektor Toll - verurteilte am Mittwoch nach zweiseitiger Verhandlung den Reichsbannermann Max Rothke wegen schweren Landesverrats in Zuchthaus mit verjährtem Zuchthaus zu fünf Jahren Zuchthaus und dem kommunalistischen Gaufriseur Siegfried Caro wegen Landesverrats und unbefugten Waffenbesitzes zu drei Jahren Gefängnis. Anstufend begann ein anderes Berliner Gericht die Verhandlung gegen den national-sozialistischen Badergast Müller, der beschuldigt wird, seine Frau „auf Verlangen getötet“ zu haben. Im Falle Müller glaubte das Gericht anfangs, es mit einer Tragödie der letzten Zeit zu tun zu haben. Die Vernehmung des Angeklagten und die Beweisübernahme ergab ein wesentlich anderes Bild. Der Staatsanwalt trug in seinem Plädoyer dieser veränderten Sachlage Rechnung. Trotzdem beantragte er nur vier Jahre Gefängnis...

Der zur Anklage vernommene Obfischdauerverfälschende, meinte, das es - entgegen einer der Zeugenaussagen - un-wahrscheinlich ist, daß bei nächster Dunkelheit Rauchspuren im Anfluge an den abgehenden Schuh sichtbar wären, es sei denn, daß der Büfelenau vorher stark geteilt worden wäre.

Der Verteidiger des Angeklagten Caro wies in seinem Plädoyer daraufhin, daß der nationalsozialistische Zeuge Geng der Zeugen-berurteilung dringend verdächtig ist. Aber auch der Angeklagte Rothke erwiderte von dem nationalsozialistischen Staatsanwalt gegen Geng, daß er ihn eines Raubtates für fähig halte: oftmals sei er von Geng früher angepöbel worden, einmal mit den Worten: „Dich Schwein machen wir auch noch fertig!“

Toll

Landgerichtsdirektor Toll führte in seiner Urteilsbegründung aus, daß der Angeklagte Rothke nach Meinung des Gerichts wohl schon vor der Tat die Absicht gehabt hätte, sich an Unruhen zu beteiligen. Von welcher Seite der erste Schuß abgegeben worden sei, ist nicht fest. Soweit aber fest ermittelt, daß Rothke und Caro bereits in der unruhigstehenden Zeit zusammengekommen seien, bevor es zur Schießerei kam. Als die Menge kühler, seien die Nationalsozialisten Geng und Schröder bei der Verfolgung gemein. Schröder sei und wurde getötet. Der den Totschlag abgebe habe, ist nicht fest. Aber das sei sicher, daß Rothke mehrfach geschossen habe. Wenn auch seine Schüsse vermutlich nicht getroffen hätten, so sei er doch des verdächtigsten Zeugnisses schuldig, weil er die Absicht gehabt hätte, jemanden zu töten, oder zumindest das Verbrechen, daß er durch seine Schüsse jemanden töten könne. Das Gericht habe hier nicht die geringsten Bedenken, den Belastungszeugen zu glauben.

Zum Falle des verurteilten Caro bemerkte Landgerichtsdirektor Toll hinsichtlich der Entlastungszeugen, daß ihnen nicht zu glauben sei, weil sie teils der Mordverdächtigen, teils mit dem Angeklagten vermandt seien. Den Zeugen, die den Angeklagten entlasten, indem sie ihn zur Tatzeit an anderer Stelle gesehen haben wollen, könne man nur sagen, „daß sie sich in der Zeit geirrt haben müßten.“ (!) Es gäbe ja auch Belastungszeugen...

Müller

Der nationalsozialistische Bader Müller, gegen den ein anderes Berliner Gericht am plötzlichen Mittwoch

Rothke

Der Reichsbannermann Rothke soll Teilnehmer einer nationalsozialistisch-kommunistischen Schießerei in der Nacht zum 17. Juli in der Berliner Hollmannstraße gewesen sein. Seit jetzt, daß die Nationalsozialisten bemerkt waren. Es befiel auch nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Möglichkeit, daß die Nazis die-jenigen waren, die mit der Schießerei begannen haben. Es erscheint weiter durchaus möglich, daß der Nationalsozialist Schröder, der bei dem Zusammenstoß sein Leben einbüßte, von seinen eigenen Beuten getroffen worden ist. Überhaupt ist es nicht sicher, ob auf der anderen Seite auch geschossen wurde.

Der Schuld verdächtig

wurde von den Nazis der Reichsbannermann Rothke. Der Angeklagte bestritt jede Schuld; er sagte aus, daß er zwar zur fraglichen Zeit - unbewaffnet - auf dem Wege in seine dem Latort nahegelegene Wohnung gewesen sei, jedoch nicht am Latort selbst. Sein Verteidiger machte geltend, daß in der Tatzeit um 1412 Uhr nachts in der fast unerschlossenen Straße eine Personenverwechslung durchaus möglich sei; die Zeugenaussagen seien durchaus nicht ein-deutig; auch die Indizien wären keinesfalls zu einer Beurteilung ausreichend; schließlich, so führte der Verteidiger aus, wäre die Schuld Rothkes deshalb un-wahrscheinlich, weil er sich im Kreise seiner Kameraden stets gegen ein Zusammengehen der Reichsbannmänner mit den Kommunisten ausgesprochen hätte.

Hindenburg empfängt später

Eine Abfrage an das neugewählte Reichstagspräsidium

Das neugewählte Präsidium des Reichstags wird nicht nach Neudorf reisen. Reichspräsident von Hindenburg hat auf das telegraphische Ersuchen des Präsidiums, in Neudorf zum Vortrag und zur Vorstellung empfangen zu werden, erwidert, daß er im Laufe der nächsten Woche nach Berlin zurückkehren werde und deshalb das Reichstagspräsidium bitte, von einer Reise nach Neudorf Abstand zu nehmen.

Das Präsidium schließt mit den üblichen Wünschen für die Geschicklichkeitsführung. Die Antwort des Reichspräsidenten vor Gegenstand einer Beratung des Reichstagspräsidiums, die in den ersten Ratungssitzungen stattfand.

nachmittag verhandelt. Ist ohne Zweifel in einem sehr ungünstigen sozialen Milieu aufgewachsen. Not und Armut zur Kriminalität führten ihn zu verheerenden Verbrechen, durch die er schließlich seine Erfüllung vor. Seine 19jährige Freundin Maria Bandur war recht lebhaft, ging mit Lebhaftigkeit ins Kino, machte gern Ausflüge. Als man dann plötzlich ihren Leichnam im Grubeort fand, konnten sich ihre Verwandten, Freundinnen und Arbeitsgeber die Gründe der Tragödie nicht erklären.

Müller, der sich bei der Verhaftung selbst gesteuert hatte, versuchte in der Vernehmung die Angelegenheit nicht so darzustellen, als ob er mit seiner Freundin Maria Bandur gemeinsam in den Tod gehen wollte. Sie sei die treibende Kraft, er aber, lange Zeit, der Bremse gewesen. Die Vernehmungsergebnisse ergab jedoch, daß Müller allem Anschein nach seine Freundin, die

schätzte hängt vor hatte, „mit ihm Schluß zu machen“, zu dem „Doppelblutmord“ überredet hat.

Der Doppelblutmord war dann allerdings sehr einseitig geblieben. Vorl.: Sie haben im Grubenort auf Ihre Braut geschossen. Müller: Dann lag ich aber, daß die Pistole nur eine Scheinpatrone war. Da habe ich eben meine Braut erstickt. Ich dachte, niemand ist es noch nicht ganz tot und hat Schmerzen. Vorl.: Und was taten Sie dann? Müller: Da es nur eine Scheinpatrone war, konnte ich mir doch nicht mehr das Leben nehmen. Da bin ich eben nach Berlin zurückgefahren. — Ein anderer Dialog: Vorl.: Einmal hatten Sie Ihre Freundin verlegt. Müller: Am Abend noch lag ich in der Hölle-Barcel. Ich wollte in die St. Eder. ... Vorl.: Ich könnte mir immerhin denken, daß man in der Hölle-Barcel sein kann und trotzdem eine Freundin hat. ... Die verschiedenen Szenen bekräftigen, daß sie von

Maria Bandur, die zwar in kleinen Verhältnissen, jedoch nicht in Not lebte, nicht glauben, daß bei ihr der Mord, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, sehr hart getroffen sein müsse.

Auch der Staatsanwalt betonte in seinen Plädoyer, daß große Wahrscheinlichkeit bestehe, daß Müller seine Braut überredet hätte und daß die Tötung auf seinen Befehl geschah sei. Man könne jedoch nicht über einen Verzeihungsbrief der Getöteten hinaus, die einmal erklärt habe, daß sie nicht wisse, wie sie „weiterleben“ solle. — Tatsächlich wurden aber diese „Verzeihungsbriefe“ vom Vertreter der Staatsanwaltschaft sehr feil gelitten. So wurden die Zuhörer den Eindruck nicht los, daß Majordom Müller seine Braut regelrecht ermorde hat. Ebenfalls ist Bader Müller zum Eintritt in die St. qualifiziert. Seine Verzeihung empfiehlt ihn hierfür in hervorragender Weise! Ego.

Lawens Programm wird notwendiger

Vor der neuen Sitzung des Reichstags / Zentrum und Nazis bemühen sich um Regierungsbildung

Die Reichsregierung hat am Mittwoch nochmals ihr Wirtschaftsprogramm vorgelegt. Die in ihm vorgeschlagenen Maßnahmen werden Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche durch Rotverordnung in Kraft gesetzt. Jedemfalls soll zu verfahren werden, daß das Wirtschaftsprogramm Gesetz ist, wenn der Reichstag wieder zusammentritt. Als Termin für diesen Zusammentritt ist vorläufig der 9. September in Aussicht genommen.

Wesentlich für den Ausgang dieser Reichstagsitzung ist der Ausgang der Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, die nacheinander seit mehreren Tagen mit Hindernissen geführt werden und in der Zeit Dienstag durch eine Unterbrechung mit dem Zentrumsgesandten von Papen und Bismarck eingeleitet ist. Die Verhandlungen, die hauptsächlich auf die Regierungsbildung in Preußen beziehen, dienen der Klärung einer ganzen Reihe grundsätzlicher Fragen, die vom Zentrum aufgeworfen sind, und der Frage, ob dem Reichspräsidenten nach erfolgter Verhängung eine schwarzbraune Koalition oder die Umbildung der gegenwärtigen Regierung in dem Sinne vorgeschlagen werden soll, daß Herr von Papen, der Reichsministerpräsident und andere insbesondere bei den Nazis vererbte Persönlichkeiten verschwinden und durch Nationalsozialisten bzw. Zentrumsoberste ersetzt werden.

Allen Anschein nach wird vorläufig zu dem zweiten Reichstag, wobei bereits Hebererbestimmung darüber besteht, daß Hitler nicht als Reichstagspräsident in Frage kommt. Der Reichspräsident würde ihn niemals ernennen. Dem soll dadurch Rechnung getragen werden, daß man ihm eine weniger abgekämpfte, aber den Nationalsozialisten und Hindenburg genehme Persönlichkeit als Reichskanzler in Vorschlag bringt. Es ist zugleich beabsichtigt, dem Reichspräsidenten ein Regierungsprogramm zu unterbreiten, das an die Arbeit der Papen-Regierung anknüpft, sich auf eine Weichheit der Verhandlungen der Papen-Regierung zu stützen und sich nicht als einseitig gehend in die Zukunft beabsichtigt man, ihn hinsichtlich der Gestaltung der Dinge in Preußen ebenfalls einen bestimmten schriftlichen Plan zu unterbreiten.

Die Verhandlungen sollen in den letzten Tagen, insbesondere auch am Freitag daran beteiligt war, einen „durchaus zufriedensstellenden Verlauf“ genommen haben. Jedemfalls hegen die Beteiligten die Hoffnung, daß sie zu einem abschließenden Ergebnis führen und der Reichspräsident darüber noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags informiert werden kann. Die Frage ist dann, ob sich Hindenburg von der schwarzbraunen Koalition beabsichtigen Vorschlägen unter allen Umständen verweigert. Die Möglichkeit dazu hat er, und wenn man den offiziellen Verhandlungen der Papen-Regierung glauben will, dann ist mit einer Ablehnung des Vorschlags auch zu rechnen. Andererseits aber zeigt der Ausgang der Verhandlungen in Preußen, daß der Reichspräsident bei gegenwärtiger Regierung eine Minderheitsregierung in ihrem Sinne nicht erteilt, sondern sich bei allen grundsätzlichen Fragen seine endgültige Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten hat. Unentschieden er sich dennoch gegen Zentrum und Nationalsozialisten für Herrn von Papen, dann ist zwar das Scheitern des gegenwärtigen Reichstags befehle und die Regierung Papen gerichtet. Aber drei Monate später kehrt er vor dem gleichen Problem. Wenn das Zentrum und Nationalsozialisten sich der Papen-Regierung nach den Neuwohlen gefügiger zeigen werden, wie es von Papen selbst annimmt, ist nicht zu erwarten. Eher kann man das Gegenteil annehmen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat zum Zweck der Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Bildung einer preussischen Regierung eine Kommission eingesetzt, die u. a. der preussische Wahlverwalter Dr. Gieseler angehört.

Papens Vollmachten für Auflösung des Reichstages

Daß der Kanzler in Preußen die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages erhalten hat, steht außer Zweifel. Von der Vollmacht soll und wird aber jedenfalls erst Gebrauch gemacht werden, wenn ein offener Konflikt mit dem Reichstag entsteht, sei es durch Annahme eines Minderheitsvotums oder eines Antrags auf Aufhebung der Papenschen Rotverordnungen.

Die vom Zentrum und den Nationalsozialisten repräsentierte Mehrheit des Reichstages hat sich inzwischen bemüht, die Entscheidung hinauszuzögern, indem sie die Beratung bis Ende nächster Woche durchsetzte, an der sie wenigstens noch auf die Arbeitsfähigkeit des Reichstages betonen, indem sie auf eine gewisse formale Disziplin zu halten sucht. Von dem Plane, entgegen der Verfassung die Neuwohlen nicht innerhalb 14 Tage nach der Auflösung folgen zu lassen, ist es still geworden. Unter allen Umständen be-

absichtigt der Reichstag, wie in Regierungskreisen auf neue befristet wird, seine Politik nach vor dem Reichstag zu vertreten, also in der nächsten Vollziehung ein umfassendes Programm zu halten. Der genaue Zeitpunkt dieser Regierungserklärung steht noch nicht fest und hängt im wesentlichen davon ab, wann das Kabinett mit der Beratung über die neue Rotverordnung fertig wird, ebenso von den Vereinbarungen mit dem neuen Reichstagspräsidenten.

Unsere Fraktion

Vorstand und Geschäftsführung / Politische Ausdrücke

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Mittwochvormittag die Wahl des Vorstandes vor. Die Zahl der Vorstehenden wurde von 3 auf 4 erhöht; zu den bisherigen Vorstehenden Breilfeld, Dillmann und Weis tritt der bisherige Reichstagspräsident Cäbe. Der Vorstand selbst legt sich wie folgt zusammen: Aufhäuser, Braun, Grieseler, Ebert, Grahmann, Herr, Hilberbrand, Hoffmann, Juchacz, Kell, Jan Philipp, Schumacher, Seering, Solmann, Stämper und Vogel. Zum Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion wurde wieder Genosse Herr bestimmt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung begann die Fraktion eine große Aussprache über die politische Lage. Sie wird am Donnerstag zu Ende geführt werden.

Reichstagsausschüsse konstituiert

Lebe Vorstehender des Überwachungsausschusses

Im Reichstag konstituierten sich gestern die wichtigsten Ausschüsse, vor allem der Überwachungsausschuss, dessen Funktionen unter Umständen in der nächsten Zeit besonders wichtig werden können. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde der bisherige Reichstagspräsident Cäbe gewählt. Stellvertreter ist der Nationalsozialist Oberländer. Die Nationalsozialisten haben elf, die Sozialdemokraten sechs, die Kommunisten und das Zentrum je vier, die Deutschnationalen zwei und die Bayerische Fraktion einen Vertreter in diesem Ausschuss.

Zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses wurde der Nationalsozialist Reinhardt, zu seinem Stellvertreter der frühere Reichstagspräsident Heilmann (Soz.) gewählt. In diesem Ausschuss haben die Nationalsozialisten vierzehn, die Sozialdemokraten acht, das Zentrum und die Kommunisten je fünf, die Deutschnationalen zwei und die Bayerische Fraktion einen Vertreter. Zum Vorsitzenden des Wirtschaftlichen Ausschusses wurde der Nationalsozialist Dr. Feil gewählt. Sein Stellvertreter ist wieder Abt. Scheidemann (Soz.). Schließlich konstituierte sich der Ausschuss für die Geschäftsführung. Vorsitzender ist der Zentrumsgesandte Dr. Zell, Stellvertreter der kommunistische Abgeordnete Schumann.

Schleichers Demarche

Die Forderung nach militärischer Gleichberechtigung in Paris

Paris, 31. August. (Eigenbericht.) Das deutsche Memorandum über die Gleichberechtigung auf militärischem Gebiete ist am Mittwochmorgen in Paris eingetroffen. Ministerpräsident Gerroll, der sich auf der Insel Guernsey befand, wurde sofort telefonisch von der deutschen Demarche unterrichtet. Er hat, das Dokument telegraphisch nach Cherbourg zu übermitteln, wo er am Abend eintraf.

Wie der Dual D'Oran weiter mitteilt, legt das deutsche Memorandum zunächst den Schwerpunkt der Reichsregierung in der Militärfrage dar. Es enthält dann den Antrag, daß im März in Beruf abgetragenen Verhandlungen zwischen den Vertretern der vier Großmächte, Brining, Lardieu, Macdonald und Simons, wieder aufgenommen werden. In diesen Verhandlungen wurde der Verzichtsvorschlag Simons bestritten, der die Herabsetzung aller Wäpfe auf Grund der für die Reichswehr festgesetzten Norm nach gewissen mathematischen Berechnungen festsetzen wollte. Die Beratungen wurden damals durch die Wohlfrattheit Lardieu unterbrochen und nicht wieder aufgenommen.

Der Berliner Offizieller ist die deutsche Demarche am Mittwoch zu spät bekannt geworden, als daß sie noch hätte kommentiert werden können. Aber das Interieur, das der Reichswehrminister Schleichers einem italienischen Blatt gegeben hat, hat dafür um so größere Enttäuschung in der Pariser Presse hervorgerufen.

Flugzeugkatastrophe

In der Nähe von Zaberger, unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze, ließ das von dem Imperator des fliegenden Schiffs kommende französische Nachtflugzeug SE-230 beim Versuch einer Notlandung gegen das Dach eines Dauerhauses. Der rechte Flügel des Apparates brach ab. Das Flugzeug fiel auf Dämme, hinter dem zu Boden und wurde vollständig zertrümmert. Der Pilot Schleichers wurde tot von den Flammen über die ihn völlig eingegraben hatten, hervorgeholt. Der Janer Altberg, der schwerverletzt aufgefunden wurde, starb nach seiner Überführung ins Krankenhaus Almeto. Eine Untersuchung über die näheren Umstände der Katastrophe und insbesondere über den vermeintlichen Unfall des Notlandung ist eingeleitet.

Die Börsen-Spekulationen

Von der Haufe nach Papens Ministerrede

Der spekulative Charakter der Börsenhaufe, die sich seit Montag an der Berliner Börse vollzogen, trat am Mittwoch besonders stark in Erscheinung. Die erste Börsentunde begann äußerst schwach. Die Kurse lagen bis über 1 Proz. nach. Im späteren Verlauf der Börse trat jedoch eine Befestigung der Kurse ein, die am Schluß über dem Stand des Vortages lagen. Die Befestigung wird darauf zurückgeführt, daß die Spekulation der gegenwärtigen Regierung nach der Unterbrechung in Preußen größere Widerstandsfähigkeit gegen parlamentarische Angriffe zurprucht. Entschieden für die Kursbildung sind also durchweg Ermüdungen oder Spekulationen. Dem entspricht auch, daß das Geschäft äußerst klein war. Verschleierlich wurde von steigenden Publikumsverläufen berichtet. Hier und da war die Rede davon, daß Ausländer Stillhalter in schweren deutschen Aktienwerten anlegte, ohne daß man kontrollieren kann, wie weit wertartige Begriffe richtig sind. Jedenfalls zeichnen sich nach wie vor westliche Wertpapiere, aber auch Kontinentaler, sowie Wertpapiere durch besondere Festigkeit aus. Beim Rheinischen Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) wird die bessere Kursgestaltung auf Aussicht auf eine Prozentige Dividende zurückgeführt.

Die Preisentwicklung

Milchliche Angaben über den Feuerungsindex

Der Feuerungsindex lag im Monat August um rund 1 Proz. gefallen. Das darf aber nicht die wirkliche Entwindung nicht hinwegföhren. Die Verbilligungen, die im Monat August vom statistischen Reichsamte festgestellt worden sind, sind durchaus fallonmäßig Preisabschwächungen (Gemüse und Kartoffeln, Waren, die jetzt in Massen fertig werden und daher auf den Markt und auf den Preis drücken). Das statistische Reichsamte macht über die Entwindung des Feuerungsindex folgende Angaben: „Die Preisentwicklung der Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Heizung und sonstiger Bedarf) beläuft sich für den Durchschnitt des Monats August 1932 auf 120,3 gegenüber 121,5 im Vormonat. Der Rückgang beträgt somit 1,2 Proz. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Beleuchtung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,8 Proz. auf 111,8 Proz.; Beleuchtung um 0,8 Proz. auf 115,8 Proz.; sonstigen Bedarf um 0,2 Proz. auf 165,1 Proz. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung mit 124,3 nahezu unverändert geblieben. Innerhalb der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Preise für Gemüse und Kartoffeln zurückgegangen.“

Gefändnis in Wasserburg!

Zuchthaus für ungetreue Postbeamte

Im Traunsteinener Prozeß gegen die Wasserburger Postbeamten beantragte der Staatsanwalt gegen Postmeister Kummier wegen Betrübens im Amt und schwerer Herabsetzung der Zuchthausstrafe von 7 Jahren, gegen die Briantagefahge Postagentin Anna Etzold eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren 3 Monaten. Für beide Angeklagte forderte der Staatsanwalt ferner Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren.

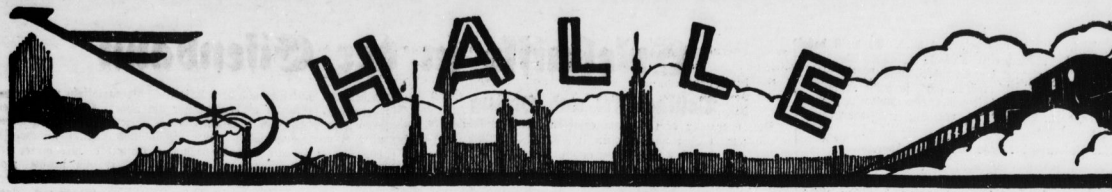
Nach weiteren Zeugenverhören war der Angeklagte Kummier aus dem Saal geführt worden, damit die Postagentin Etzold allein vernommen werden konnte. Diese Maßnahme erwies sich als richtig, denn jetzt legte die Angeklagte ein umfassendes Geständnis ab. Man erfuhr, daß sie durch einen Oberpostinspektor aus Landshut über die kommende Kontrolle verständigt wurde. Im Gegensatz zu ihrem bisherigen Verhalten wählte die Angeklagte nunmehr die ganze Schuld auf ihren Kollegen Kummier ab. Sie sei in voller Abhängigkeit von ihm gewesen. Kummier habe unheimlich viel Geld gebraucht und sie habe es ihm regelmäßig geschickt. Ueber dieses unerwartete Geständnis seiner Mitangeklagten war Kummier bei seiner Rückkehr in den Saal begrifflichsehr völlig launlos. Er vermittelte sich immer wieder in Mißverständnissen, meierte sich aber nach wie vor, über den Verbleib des Geldes etwas auszulagen.

Papenmord-Aufklärung

Der vor einigen Tagen verhehlte 26jährige Berliner Hotelangestellte Hof B. ging als Überführer, ins Waid bei Frankfurt im Nordwesten Berlins den 16jährigen Tagen kurz Schöning ermordet zu haben. B. verurteilte bisher einen Alibiweisens erbringen; seine Aussagen konnten jedoch durch Indizien widerlegt werden. So mußte er zugeden, daß ein am Tator vorgefundenes Kaffeemesser kein Eigentum ist, und daß das Wort „Tage“, das auf einem bei der Leiche gefundenen Postpapierbogen stand, von seiner Hand stammt.

Der Mörder — ein Nazi

Bln, 31. August. (Eigenbericht.) Der Mörder des am 26. Juli auf dem hiesigen Hauptmarkt erschossenen 31 Jahre alten Maurers Johann Neureich ist jetzt festgestellt worden. Es ist der 20jährige Nationalsozialist Hans Wolf, der flüchtig ist.



September

Unauffällig kullert der Strom der Zeit. Tage, Monate fließen dahin, Jahreszeiten wechseln einander ab, ganze Jahre verstreichen, fließen in ewig gleichbleibendem Rhythmus...

Ein Blick auf den Kalender sagt, daß nun bereits der September angebrochen ist. Und nicht nur der September, denn in unzeren Unterbewußtsein verbinden wir das Wort mit der Bedeutung Herbst. Ja, ist es denn schon wieder so weit, nun auch der Sommer 1932 unwiederbringlich dahin?...

Nur den Stadtmenschen freilich bleibt der September ein Monat wie jeder andere auch. Von ihm ungehört verurteilt das gewaltige Sterben der Natur. Sollen treue herbstliche Früchte aber gar zu unerwartet sein Gerippe erkennen lassen, dann ist das eine unerwartete Hebratung, zumal wenn man nicht einfach nur eine Zentralheizung von Kalt- auf Warm- stellen kann. Man mußte den Hebratungsplan durch sich selbst ändern.

Wo stecken die Defektoren?

Es war am 24. Februar 1932, als der nordliche Gedling Joseph Goebbels im Reichstag die Sozialdemokratische Partei als Partei der Defektoren beschimpfte. Diese Gemeinheit hatte nicht nur den Dinauwurf dieses Wortes zur Folge, sondern rief auch die Führer des anständigen Teils des Bürgertums auf den Plan.

Wo aber sitzen die Defektoren? Bei den Nationalen beim Reichstags-Einmarsch fiel besonders der SA-Sauhirt Ziegler auf. Er war auch einer der ersten Schwärzer, die die Polizei ergriff und auf den Überfallwegen verhaftet. Auch der dem Schmähstück führte er sich mit auf und mußte mehrmals verurteilt werden. Bei der Urteilsverkündung am Montag blieb er einfach fern.

Dieser in der Gegenwart von den Äußersten Brumen herum als fanatischer Nazi berichtigte Ziegler war nicht immer so. Er hat eine Wandlung durchgemacht die die meisten der heutigen Nazis. Als Vater in einer bekannten holländischen Großfabrik beschäftigt, gehörte er sich dort einst als einer der radikalsten Marxisten. Damals machte er keinen Rückhalt die heftigsten Vorwürfe, sie häßlich in den Krieg führen lassen wie die Panzer. Sie hätten es alle so machen sollen wie er und viel früher zu Ende gewesen. Dieg war, wie er erzählt, Kranken-träger und ist eines Tages einfach desertiert. Vom Kriegs-geld besessen ging zu schwerer Strafe verurteilt, sah der ehrenwerte Kämpfer für Hitlers Zauberei gerade im Gefängnis, als das von seinen heutigen Führern so verpönte Novemberverbrechen geschah. Obwohl er also dem Novemberverbrechen seine Befreiung nicht nur aus dem Kerker - verdankt, ist Dieg heute einer der Routenführer, wenn gegen das Exilium zu Felde gezogen wird. Sein alles ablehnender Realismus hat ihn auf dem nicht mehr un-gewöhnlichen Wege vom Sozialisten zum Parteiführer landen lassen. Dort gehört er auch hin.

Weitere Verzögerung des A.R.B.-Verfahrens

Im A.R.B.-Zwangsvollstreckungsverfahren ist eine weitere Verzögerung eingetreten. Die Penkionskasse der Großtaunusgenossenschaft Teutonia Konsumvereine in Hamburg, die im letzten Termin mit 190.000 M. das Höchstgebot ergab und auf deren Antrag der Zuschlag auf eine Woche ausgesetzt wurde, hat jetzt geboten, die Zuschlagerteilung um eine weitere Woche auszuschieben. Wie es heißt, soll die Penkionskasse mit mehreren Firmen in Verhandlung stehen, die sich für die A.R.B.-Gebäude interessieren.

Ein Dokument der Not Der Jahresbericht des Jugend- u. Fürsorgeamtes der Stadt Halle

Der tägliche Gang zur „Tante“ Der Gang in die Reichsausschüsse und in die Bezirksfürsorgeämter ist heute für viele Tausende unserer Mitbürger ein fast täglicher Gang geworden. Allen diesen Menschen tritt das Jugend- und Fürsorgeamt als die Verkörperung der Not und als sichtbarster Ausdruck der allgemeinen wirtschaftlichen und der eigenen Bedürfnisse schärflich entgegen. Monat für Monat treten Hunderte von Parteien nun schon seit Jahren in den fürsorgefähigen Bereich des Amtes ein. Die organisatorische Arbeit im Jugend- und Fürsorgeamt wird immer größer und umfangreicher, es wachsen und deuten sich oft mit dem Jugend- und Fürsorgeamt in kürzester Zeit durchzuführen. Das erfordert tägliche Anspannung der Arbeitskraft und der Kräfte aller in der Fürsorge Tätigen, wie sie in diesem Ausmaß niemals vorausgesehen werden ist. Ein Gang durch die Akten des Jugend- und Fürsorgeamtes an den Vormittagen der Sprechtage zeigt eindringlich, welche Arbeit hier bewältigt werden muß, wie Tausende von Einzelgeschickalen eingegliedert werden müssen in den Gesamtmaßnahmen der organisatorischen Arbeit.

Es entspricht der Billigkeit, den Blick der Öffentlichkeit, die naturgemäß nur von außen her die Verhältnisse beurteilen kann, auf diese Dinge zu lenken und ihr darzutun, wie hier hauptsächlich die organisatorischen Kräfte angepannt werden, um die zentrale Aufgabe der Gemeinde, die Bekämpfung der letzten und größten Not unserer arbeitenden Mitbürger, aufrechtzuerhalten.

Ein Dokument der Not.

Mit diesen Worten wird, richtig das Jugend- und Fürsorgeamt auch in diesem Jahre wieder die Herausgabe eines eingehenden Jahresberichtes von seiner Arbeit im Jahre 1931, der jetzt gedruckt vorliegt. Die 90 Druckseiten des Berichtes geben ein deutliches Bild von der furchtbaren, durch die Krise des kapitalistischen Wirtschaftens und durch die Unfähigkeit seiner Führer heraufbeschworenen und verschärften Not der wertvollsten Bevölkerung aus es irgendeine andere Darstellung tun kann. Einige Zahlen - sie müssen, wenn sie auch schon öfters genannt wurden, immer wieder heraufbeschworen werden - geben ein Bild von der Not des arbeitenden Volkes in Halle und von der Schwerkraft der sozialen Wohlfahrtsfrage.

Die Fürsorge des Jugend- und Fürsorgeamtes für Hilfsbedürftige umfaßt am 31. März 1932 14.796 Parteien mit rund 29.556 Personen (gegen 10.666 Parteien mit rund 20.880 Personen am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres).

Darunter waren die Zahlen in den Klammern eben den Stand zu gleicher Zeit im Vorjahr - 1931 - an) 940 Kleinrentner (1080), 1981 Sozialrentner (2307), 10.083 Wohlfahrtsrentner (10.800) und 1842 sonstige Hilfsbedürftige (1613). Zu den gleichen Zeitpunkten erhielten Arbeitslosenunterstützung 4558 (5914) und Rentenunterstützung 7161 (9745). Es ergibt sich je 1000 der Bevölkerung für die Arbeitslosenunterstützung 225 (34,0), für die Rentenunterstützung 35,4 (18,4), an Wohlfahrtsrentnerleistungen des Fürsorgeamtes 49,5 (27,9) und an sonstigen Unterstützungsleistungen des Bezirksfürsorgeamtes 23,5 (24,5); insgesamt also in der Versorgung des Bezirksfürsorgeamtes 73,0 (52,4).

Die Wirtschaft der Halle im Jahre 1931 von der Reichsanstalt auf Mittel des Reiches mit Gemeindefeile (siehe Rentenversicherung) und in vollem Umfang (siehe zu b) wird in der vorliegenden Aufstellung deutlich. Die Anhebungen betragen im Jahresdurchschnitt monatlich in Mark: a) 1. bei der Rentenversicherung (ohne Krankenversicherung) 55,60, 2. für Krankenversicherung und sonstige Leistungen 5,94; zusammen also 62,54; b) bei der Wohlfahrtsrentnerleistungen 43,30; c) bei den verschiedenen Gruppen der Hilfsbedürftigen 36,10. Zu b) und c) tritt noch hinzu die Krankenversicherung pro Partei durchschnittlich 5,30 M. und Sozialleistungen pro Partei durchschnittlich 2 M. Das ergibt für 1931 in der Rentenversicherung mit der im Bericht 1931 eingehenden, stammbuchmäßigen Berücksichtigung 62,54 M., bei der Wohlfahrtsrentnerleistungen mit individueller Berücksichtigung 50,60 M. Es ist der Einbruch gewonnen worden, daß die gesundheitliche, existenzielle und wirtschaftliche Fürsorge mit den Mitteln der Gemeinde erfolgreicher sichergestellt wird als auf dem Wege der Rentenversicherung.

Die Winterhilfsaktion.

Die durch Zahlen gekennzeichnete ungeheure Not machte neben der gesteigerten sozialen fürsorgefähigen Arbeit namentlich in den Wintermonaten Sondermaßnahmen, die ihren Ausdruck

in der Winterhilfe-Arbeit fanden, notwendig, die ebenfalls unter Leitung des Jugend- und Fürsorgeamtes erledigt wurde. Dieser Sonderarbeit, die neben der sonstigen in der Öffentlichkeit mehr oder minder schon bekannten Tätigkeit des Jugend- und Fürsorgeamtes betriebl. sei, sei aber zu allererst gedacht. Es wurde in den Wintermonaten in Zusammenarbeit mit ganzen Gemeindefreien des Handels und des Gewerbes eine Verbilligungsaktion für lebensdienliche Bedarfsgegenstände ins Leben gerufen. Diese Aktionen erstreckten sich namentlich auf Brot, Rohle, Fett, Milch (Süß- und Röhrlinaren) und Kartoffeln. Die Verbilligungsaktion betrug für Brot 5 Pf. für das Drei-Pfund-Brot. Auch (Schlagungsmengen) Ermittlungen wurden wöchentlich 40.000 Brote auf diese Weise abgegeben. Das sind in den Winterhalbjahren 1930/31 und 1931/32 zusammen 80.000 Brote. Für Rohle betrug die Verbilligung 24 Pf. je Zentner. Es wurden insgesamt etwa 31.900 Zentner abgegeben auf je 10 Zentner Rohle abgegeben. Einzelne wurden jedoch nur etwa 200.000 Zentner, so daß die gesamte Verbilligung auf etwa 48.000 M. betrug. Für Fett und Milchwaren waren eine Verbilligung von 10 Prozent gemindert. Die Winterhilfsaktion überreichte für die Winterhalbjahre 1930/31 50.000 Zentner abgegeben und den Winterhalbjahren damit eine Verbilligung im Werte von etwa 43.000 M. gewährt. Für Fett und Milchwaren insgesamt etwa 5000 Zentner abgegeben, was bei einer Verbilligung von 45 Pf. pro Zentner eine Verbilligung von 2250 M. darstellt. Neben diesen Maßnahmen hat die Arbeiterwohlfahrt eine wertvolle Brot- und Kartoffelaktion an Winterhilfsaktion durchgeführt.

Außer diesen örtlichen Maßnahmen war die Verbilligungsaktion in Zusammenarbeit mit dem Reichsamt. Diese Verbilligung, die der Behörde eine Neben-Abrechnungsarbeit befugte, geschah aus Reichsmitteln. Auch sie ist recht erheblich. Im Zusammenfassend über Maßnahmen, die seitens der gemeindefürsorge sowie des Reiches im Wert von etwa 43.000 M. gewährt. Für Fett und Milchwaren insgesamt eine Verbilligung im Wert von rund 240.000 M.

Von der sonstigen Winterhilfe-Arbeit im Stadtbereich, die durch Durchführung sich auf Anlegung der Bezirksfürsorgebehörde die Spargenossenschaften der arbeitslosen Wohlfahrtsrentner zusammenzuschließen, seien hier nochmals nur stichwortartig erwähnt. Die Sammlung von Kleidung, Schuhwerk und Hausatut mit ihren Nebenarbeiten, die als Strogensammlung durchgeführte Gesammungen, die zusammen etwa 10.000 M. einbrachten. Daneben hatten sich Bräutinnen durch unentgeltliche Flechtarbeiten der Kleiderarbeiten sowie von Bekleidungsarbeiten beteiligt. Diese Flechtarbeiten, die von anständigen Spargen, die meist über 100.000 Bortionen umfassen. Hier übernahm stets das Jugendamt die Zurechtweisung der Bekleidungen. Die beispiellose Not dieses letzten Winters hat die Verbundenheit der amtlichen Fürsorge mit den Organisationen und Einzelpersonalflechten der Winterhilfsaktion in nie gekannter Weise in den Vordergrund gerückt. Ohne dynamische Kräfte wäre diese Aktion überhaupt nicht durchzuführen gewesen. Neben der materiellen Fürsorge wurde von verschiedenen Kulturorganisationen auch eine ideale Winterhilfe ermöglicht, die sich geographisch beschränkt. Das Jugend- und Fürsorgeamt bemüht sich um einen Bereich, in dem die Not mitteilen und ruft unter dem Druck der weiter angelegten Not zu neuer gemeinsamer Arbeit auf.

Damit gebührt, so heißt es in der Schrift, auch den von diesen Verbilligungen am härtesten Betroffenen, den Erwerbslosen, dafür, daß sie auch im Verzichtigen in Erkenntnis des auf den Gemeindefreien beruhenden Wertes ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Not weiterhin getragen haben.

Einparungen in der übrigen Tätigkeit.

Während wir der Jugendpolitik des Amtes noch einen besonderen Rufus widmen werden, kann an dieser Stelle über den gewöhnlichen Umfang der üblichen Tätigkeiten des Jugend- und Fürsorgeamtes nur stichwortartig berichtet werden, um die Öffentlichkeit wenigstens die Umrisse dieser gewaltigen Arbeit zu vermitteln. Die Tätigkeit des Jugend- und Fürsorgeamtes erstreckt sich je von Pflanzenerwerb über die Schulaufsicht bis zur Betreuung erwerbsloser Jugendlicher, von der Jugendberufshilfe über die Berufsberatung für Jugendliche für Arbeiter und ihre Familien, von der Kruppelfürsorge zur Fürsorge für Kriegesgeschädigte bis zur Unterbringung von Allen und Gedeckelten. An den verschiedenen Kapiteln wurden im Berichtsjahre zum Teil empfindliche Einparungen vorgenommen. Seiner wurde dabei auch die Mindernde der öffentlichen Fürsorge, die nach dem Stande vom 1. März 1931 neu festgelegt waren, am 1. Oktober abwärts gesetzt (von 34,60 M. auf 34 M. für Alleinlebende und von 51,50 auf 45 M. für ein Ehepaar; in der gegebenen Fürsorge von 45,60 M. auf 40,50 M. für Alleinlebende und von 67,60 M. auf 60,50 M. für ein Ehepaar). Aus der überlebenden der öffentlichen Fürsorgegebühren seien nur folgende Zahlen zur Abrundung des Bildes gegeben. In der Fürsorge wurden im Berichtsjahre 218.860 Sprechtundenbesuche abgehalten. Der Gesamtstand der Fliegende betrug am 31. März 1932 1277 Kinder, für 53 Prozent davon wurden fliegende Fliegende gewährt. Zum gleichen Zeitpunkt betrug die Zahl der unter fliegender Aufsicht, unter Ambovermannschaft 3853; 506 erheblich tätige Kinder standen unter Aufsicht des Amtes. (Geschützter ist die Tatsache, daß in mehreren Familien vier Obhutnehmer gleichzeitig waren.) In der Schwangerschafts- und Geburtshilfe wurden 233 Fälle betreut. In den 10 fliegenden Familien mit 375 Kindern wurden 600 Kinder verlor. Dazu kommen noch 7 Kinder in 3 Familien. Auch in den übrigen Familien gab es viel Arbeit. Die Erholungs- und Heimfürsorge im Rahmen der Herbstferien mußte fast eingestellt werden und bedurfte von rekrutierten und ausgebildeten geschulten oder fränkischen Frauen. Die Zentralstelle für Kinderbetreuung stellte im Berichtsjahre 331.816 Bortionen Mittagessen frei. In 2126 Schulkindern wurden 203.195 fliegenden Freitags vertriebt. Die Zahl der Verbilligungsaktion der nationalen Winterhilfe liegt auf 145.000.

Der Aufwand an Darunterstützung, Kleidung und Schuhwerk in der offenen Fürsorge betrug insgesamt 5.237.930 M.

Wird in die Zukunft.

Der Bericht schließt mit allgemeinen Zukunftsbetrachtungen. Er fordert, daß auch das hallische Wirtschaftsgebiet, wie verschleierte

An alle Arbeiter!

Daß ihr einander die Schädel einschlagt, Euch gegenseitig zerfleischt und verjagt, Arbeiter! Das ist die reinste Freude Der wankenden kapitalistischen Welt! Ihr sollt euch streiten, ob euch das Gebäude Des Staates mehr oder minder gefällt, Ob jener ein Bonze und dieser kein Held.

Wenn ihr euch gegenseitig henkt, Wird euch vom Herrn noch der Strick geschenkt. Arbeiter! Wittert ihr nicht den Braten? Damit eure heile Empörung sich stillt, Verkleidet man euch als Parteisolddaten, Daß ein Prolet, betreibt und gedrillt, Den anderen kaltblütig unlegt und killt.

Es fürchten die kapitalistischen Herrn Nicht Hakenkreuz und nicht Sowjetstern, Arbeiter! Eines nur jagt sie in Schrecken, Eines nur ist's, das die Ruh ihnen stört: Die Sorge, ihr könnt endlich entdoeken, Daß ihr Brüder seid und zusammengehört Und daß euch bisher nur ein Irrwahn betört.

Oh, eure Unterdrücker sind schlaue, Die hohen Herren wissen genau, Arbeiter! Daß euch kein Heer widersteht, Wenn ihr euch eintet. Auf! Bändigt die Zeit! Schließt euch zusammen, macht endlich ein Ende Mit Taktik-, Linien- und Richtungstreit, Euer die Welt, wenn ihr einig seid! I. H.

Reueinstellungen und Steueranrechnungsscheine

Die Korruptionsgefahr der Papen'schen Finanzierung

Dem Deutschen Braunkohlen-Industrieverein wird uns geschrieben:

In seiner Rede in Münster wies Reichskanzler von Papen am vergangenen Sonntag u. a. darauf hin, daß die Regierung einen Betrag von 700 Millionen Mark in Steueranrechnungsscheine für solche Unternehmungen zur Verfügung stellen wolle, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neuzugang soll, aufs Jahr gerechnet, ein Betrag von 400 Mk. in Scheinen gegeben werden. Dieser Betrag soll ausgenutzt, so würden 1 1/2 Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können.

Dieser Plan ist gemäß von guten Absichten der Regierung getragen, aber bei näherem Zusehen ganz erhebliche Gefahren in sich. Unternehmungen, welche auf dem Wege der Arbeitssteigerung eine größere Beschäftigung, als es dem Auftragsbefehl entspricht, beschäftigen, werden kaum in der Lage sein, Mehrereinstellungen vorzunehmen, sie kommen deshalb nicht in den Genuß der Steueranrechnungsscheine. Sofern Unternehmungen sich hinsichtlich der Bemessung der Größe ihrer Beschäftigung leicht von den Interessen des Betriebes haben leiten lassen und die Beschäftigung im Uebereinstimmung mit dem Maß des Wertes brachten, d. h. vermehren, ist die Möglichkeit der Reueinstellung und damit der Erlangung von Steueranrechnungsscheinen gegeben. Es würde aber zweifellos eine große Härte darstellen, wenn die

Unternehmungen, die durch Einrichtung von Kurzarbeit im besonderen Maße Fortschritte bei der sozialen Schwiezigkeiten der Krise an den Tag gelegt haben, durch Vorenthaltung der Steueranrechnungsscheine noch bestraft würden.

Ferner ist aber nicht zu verkennen, daß die Verhältnisse hinsichtlich der Mehrereinstellung von Arbeitern in den einzelnen Zweigen der Wirtschaft doch sehr verschieden liegen. Unternehmungen, die in Erwartung eines demnächstigen Aufstieges der Wirtschaft in der Lage sind, auf Vorrat zu arbeiten, können den Betrieb erweitern und damit in den Genuß der Steueranrechnungsscheine kommen. Sowie Betriebe nennenswerte Einzelmöglichkeiten nicht besitzen oder diese schon vollkommen ausgenutzt sind, bleibt für sie eine zusätzliche Beschäftigung kein um. Auch hier zeigt sich also eine ungerechtfertigte Differenzierung der Betriebe.

Wichtig ist noch darauf hinzuweisen, daß die Unterlagen für die Anforderung von Steueranrechnungsscheinen recht schwierig nachzuprüfen sind und die

Gefahr einer neuen Korruption sehr nahe liegt.

Alle diese Momente sollten der Reichsregierung doch Veranlassung geben, den gutgemeinten Plan, Mehrereinstellungen durch Gewährung von Steueranrechnungsscheinen zu begünstigen, einer sorgfältigen Ueberprüfung zu unterziehen.

Neue Kriegsmaschine

Das Luft-Torpedo.

Aus Newyork kommt eine aufsehenerregende Meldung: Der amerikanische Ingenieur Barlow, der vor ungefähr zehn Tagen aus Russland zurückgekehrt ist, hat den Russen eine neue Kriegsmaschine angeboten, deren Durchbarkeit die Welt zur Abrüstung zwingen soll.

Die Russen wollen die Maschine im Februar der Genfer Abrüstungskonferenz vorführen. Vorher soll Barlow den amerikanischen Präsidenten einreichen und von ihm Unterstützung der zünftigen Geltung in Genf erwirken. Die amerikanische Regierung hat ihren ersten Oberbefehlshaber, den General Mac Arthur, nach Russland geschickt, damit er sich über die Erfindung näher informiere. Was es mit dieser Maschine auf sich hat, läßt sich nicht genau sagen, da sich der Erfinder in Schwiegen hält.

Nach früheren Mitteilungen handelt es sich um fernlenkbare Flugzeuge oder Raketen mit Bomben, die mit einem neuen, alles zerstörenden Brennstoff angefüllt sind. Besonders heftig die Maschine in einer Verbesserung des fliegenden Torpedos, das Barlow bereits 1918 der amerikanischen Regierung als Waffe anbot, um Berlin innerhalb von 24 Stunden dem Erdboden gleichzumachen. Der damalige Marineminister, der jetzt demokratische Präsidentschaftskandidat Roosevelt, lehnte scheinbar die Erfindung ab, weil Barlow nicht garantieren konnte, daß das Lufttorpedo über herabig weite Flugstrecken seinen Kurs einhalten werde. Barlow hat jetzt aber die Maschine so verbessert, daß sie auf 1500 Kilometer nur noch eine Streckung von zwei Kilometer hat.

Barlow hat seine Erfindung zunächst der amerikanischen Regierung angeboten, jedoch mit der Bedingung, daß die

Maschine nur im Falle eines Angriffs auf Amerika benutzt werden dürfe und Amerika vorher schon in Genf versuchen müsse, durch allgemeine Bekanntheit der Erfindung die Welt

Deutschlands Rüstungsforderung

Aud das Presse-Echo in Paris und London

Der deutsche Schritt in Paris und die Erklärungen des Reichswehrministers von Schleicher, dessen Unterredung in einer italienischen Zeitung beobachtet wurde, werden von der Pariser Presse lebhaft kommentiert. Der Ton der Blätter ist von großer Schärfe und nimmt düsteren drohenden Formen an. „Le Nord“, das Blatt, in dem Ministerpräsident Herriot zu Wort gekommen ist, stellt an den Beginn seiner Ausführungen die Frage, ob Minister von Schleicher der Verfallener Vertrag bedauern wolle, und meint dann u. a., es sei klar, daß man im Verfallener Vertrag die notwendigen Vorkehrungen gegen diejenigen habe ergreifen wollen, die nicht geglaubt hätten, den Krieg vorzubereiten. Die Republikaner in Frankreich hätten den jacobinischen Geist beherrscht, der ebenso wie die Interessen des Vaterlandes wie der Weltfriede besorgt sei.

„L'Echo“ erklärt, General von Schleicher gehe von Drohungen zu Verhandlungen über. Jetzt, wo Europa daran arbeite, die tragischen Folgen der Wirtschaftskrise wieder gutzumachen, werde Deutschland die Waage ab.

Im Generalkriegsblatt, „Le Peuple“ lehnt der sozialistische Abgeordnete Fontanier die deutsche Forderung insofern ab, als die Sozialisten eo ipso jede Aufrüstungsmaßnahme verurteilten. Allerdings müsse man der französischen Politik den Vor-

zug einer Verständigung über die Abrüstung zu bringen. Barlow hat im April schon eine Unterredung mit dem ihm von früher her befreundeten Hoover gehabt, die aber ihm offenbar nicht die Bewilligung gegeben hat, daß America seine Bedingungen annehme werde.

Was an der reichlich phantastischen Sache Wahres ist, läßt sich hier nicht beurteilen. Wir geben jedenfalls herrlichen Zeiten entgegen.

Anwetter in Dinterpommern

In den Abendstunden des Mittwochs wurden die Kreise Stolp, Bistow und Rummelsburg von außerordentlich schweren Vollenbrüchen heimgegriffen, die großen Schaden an den Feldern anrichteten. Besonders heftig wütete das Anwetter im Kreise Rummelsburg, wo während zweier Stunden ungeheure Wasserengen niedergingen. Auf der Bahnstraße Bistow-Zollbrück wurde die acht Meter hohe Böschung des Bahndammes meterhoch ausgehöhlet und die Erdmassen auf die Bahnstraße geschüttet, wo sie sich meterhoch aufhäufte. Der jahresplanmäßige Triebwegzug fuhr mit voller Geschwindigkeit in die Erdmassen hinein und blieb stehen. Nach dreiviertelstündiger Arbeit konnte der Zug ausgehauelt werden und dann die Fahrt fortsetzen. Felder und Wiesen gleichen ungeheuren Seen. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Humor und Satire

Schwaber Trost. Eristan Bernard (der bekannte französische Humorist) ging mit einem jungen Dichter spazieren, dem sein neuer Reim sehr zu Kopf gestiegen war. Sie kamen an einem Baum vorbei, an dem eine Gabelstange für Offenbach angebracht war. Was wird wohl nach meinem Tode an meinem Baume stehen? fragte der junge Dichter nachdenklich. — „Zu verrotten“, antwortete trocken Eristan Bernard.

„Ellen und die Schlange“

Ein nationalsozialistisches Kunstwerk.

Wir haben bei uns in Halle einen „Kampfbund für Deutsche Kultur“, der folgende Resolutionen durch den jährlich-märzlichen „Nippal-Sitzentium“ verabschiedet hat: Literaturproduktion. Wie aber diese neue Literatur der Volkserkenntnis, die oben kriegt man den rechten Begriff bei der Lektüre eines Romans, den ein gewisser Herr Franzenfeld, der Führer der Wiener Nationalsozialisten, in der Sonntagabende der „D. S.“ dem Organ der Wiener Nazis, veröffentlicht hat. Dieses nationalsozialistische Kunstwerk heißt „Ellen und die Schlange“ und ist so aufgemacht, daß es als eine selbstbiographische Erinnerung wirkt. Der Held heißt Albert. Beflagter Albert geht mit einem schönen Mädchen durch die Natur.

um die schlaue Gehäse des jungen Mädchens in dem kurzen, weißen Kleidchen, das die Formen kaum verhält, mit trunkenen Blicken zu umgarnen.

Und schon schwingt und flücht er,

aber es ist nicht die Wirkung der Sonnenhitze, es ist, als verzeigte ihm eine innere Gatt. Seine Hände, die wie leblos am Körperpendeln, schließen sich bald wie im Krampf, bald öffnen sie sich langsam.

Dem Albert geht es wirklich schlecht, aber die Ellen, das deutsche Mädchen, ist auch ein raffiniertes Liebesweib, sie tut alles, um den gefährlichen Zustand nach zu heilen. Denn:

Ihre Reize haben sie sich unter dem Rod herbeigeholt. Das ist der arme Albert aufpassen? Nein — er erbeute. Seine Hände bedien nach dem schlauesten, lichtbestrahlten Beine.

Da wird die Geschichte schon konstitutionell. Abblenden? ... Schluß? ... Nein, „plötzlich“ geschieht etwas:

Plötzlich sprang Ellen mit einem unvorstellbaren Schrei auf Albert zu aus seinen Träumen und rief erschrocken die Augen auf. Mit schreckhaft, aufgerissenen Augen, die Finger gespreizt, nach ihm eilend, bot sie ein Bild höchsten Entsetzens. Die Schlange ... sollte sie. Sie hat mich gebissen! ...

Kun, könnte man meinen, ist ein böses Ungeheuer und mit den Krämpfen und Erschütterungen des Albert wird es ein rasches Ende haben, die Geschichte, die so fernatmend begonnen hat, führt in eine ganz andere Richtung. Aber der Franzenfeld läßt sich die Luft nicht rauben. Wo fragt er vor allem:

Wo? Und nun kommt die Kombination, die erst den Zusammenhang zu einer Geschichte macht. Das deutsche Mädchen nach nämlich die Stelle nicht nennen, wo sie die Schlange gebissen hat. Darum ersehen wir Albert:

Die Wunde muß sofort erweitert und ausgesaugt werden ...

Aber Ellen, die sich schweigend vor gemordet ist, flüstert:

Ich kann sie mir nicht auslagern ...

Darauf erwidert er Albert, der am Anfang der Geschichte als besonders schüchtern und lüchsig geschildert wird, der norbische Herrenmenschen:

Dann werde ich es tun ...

Und nun spielt das raffinierte Liebesweib ihren großen Trümpf aus: Ellen brach in Tränen aus. Oh, ich schäme mich so. Es ist unmöglich.

Aber der Herrenmenschen äußert:

Ellen, ein letztes Mal fordere ich Sie auf, zu gehören, sonst muß ich Gewalt anwenden. ... (Und zieht sein Federmesser.)

Nun aber gesteht Ellen. Sie denkt:

Wie der furchtlose Albert doch herrlich und kraftvoll sein konnte. Wie er nicht, ihn demütig lächelnd an: Ich schäme mich so ...

Aber, nur mein Verlobter, mein zukünftiger Gatte hätte ich so etwas tun ...

Großaufnahme: Albert, der Geld und Würtiger:

Dann betrachten Sie mich als Ihren zukünftigen Gatten! Jetzt endlich darf er sagen. Das Kapitel schließt:

Und dabei sieht es. Der Schlangengiß an der distrierten Körperstelle, mit dem Ellen im Grabe gefesselt hatte, wurde tiefwundlich behandelt! ...

Nur dem kühnen und feinen und ein zweiter Teil der Geschichte, der einige Jahre später spielt. Ellen und Albert sind ein glückliches Paar, Kinder umhüpfen sie, und nun stehen die beiden vornehmen Gelmenschen, daß ein Schwindel sie zueinander gebracht hat. Wäre Albert damals schon Gauleiter der Volkserkenntnis gewesen, er hätte über den jüdischen Dreck des Frauennimmers einen dreifachen Pfund ausprechen müssen. Denn Ellen bedauert, in Wahrheit habe sie damals gar keine Schlange gebissen, sie habe dem Gauleiter nur einen „Schwamm“ eingegeben.

Und nun gesteht auch Albert, daß er ihn den Schwindel überhaupt nicht gekannt hat, er hat ja gesehen, wie eine Eibische damals unter ihrem Alibiereichten herabgezogen ist. Aber es war ihm eben nur um das Saugen zu tun ...

Ein amnütige Geschichte, was? Sie macht jedem pornographischen Wahn, über deren verderbliche Wirkungen auf die deutsche Volkseele der Kampfbund selbst so sagen mag und die er der verderblichen jüdischen Luft am Schwamm zuschreibt, alle Ehre. Aber nicht ein nachgeachteter Feind, der den Schwamm verweist, nein, der Führer der berechtigten Resiparerei, die von der Reimzeit deutscher Frauen, von Eitte und Ewe befrachtet, hat das geschrieben.

Wenn ich mein Verhältnis zu mir selbst und zur Außenwelt, so sehr ich's bedauere. Und so kann jeder seine eigene Wahrheit haben, und es ist doch immer dieselbe. Goethe.

Kunstschak in Derculanum

Zu den prächtigen Willen und Wohnstätten, die bisher in Derculanum freigelegt wurden, ist ein neues getreten, das in seiner üppigen Ausstattung und feinkünstlerischen Gestaltung eine bemerkenswerte Bereicherung der bisher jutage geförderten Bauten bildet. Es handelt sich um ein herrschaftliches Haus, das den Namen „Haus der Fische“ führt. Es stellt inmitten eines vierzigjährigen Gartens und zeigt eine umfangreiche Säulenhalle mit herrlichen Wandmalereien in dem pompejanischen Dekorationsstil, wie er in der letzten Zeit vor dem Untergang der beiden Städte hier herrschte. Im Norden des völlig freigelegten Gartens öffnet sich die malerisch wirkende Eingangspforte, die in das Triforium, den üppig ausgestatteten Speiseraum, führt. Die Eingangspforte wird an ihrer äußeren Ecke von einem Giebelgefäß übertragt, das mit herrlichen Mosaikbildern ausgelegt ist, die in der Sonne gleißenden Smaragdfarbenern gleichen. Dem Innern des Saales haben zwei herrliche plastische Gruppen aus Marmor ihren Platz gefunden. Sie stellen einen Dirsch dar, der in vollem Lauf einer Wette aufzukommen Probe zu entziehen sucht. Dieser ist in dem reichen Schatz antiker Kunst nichts zu finden, das mit diesem Prachtwerk zu vergleichen wäre. Die beiden wunderbaren Gruppen weisen auf ein gemeinsames Original zurück, ein aller Hochschönheit griechischer Meisterwerk aus Bronze, das vielleicht irgendeinem der großen griechischen Tierbildhauer wie Skopos zuzuschreiben ist. Der Reichtum der Wandmalereien, die Pracht der Mosaikarbeiten aus verschiedenem Marmor, die Vielseitigkeit des plastischen und dekorativen Schmuckes dieses Hauses bezeugen einbringlich den Reichtum und den guten Geschmack seiner Eigentümer. Eine schöne Pergola am äußeren Ende des Gartens gewährte den Bewohnern die Möglichkeit, sich an den herrlichen Parkanlagen des Hauses zu erholen.

Wronnen macht Karriere. Und Stabstiele sieht in Funthaus ein. Arnold Bronnen alias Bronner, Parteigenosse des Reichspräsidentenkommissars, der nach der Entlassung Dr. Dietrich Richförsers zum Leiter der Reichlichen Abteilung der Partei ernannt wurde, soll jetzt Kunstbuntintendant in der Provinz, wie es heißt in Bismarck, werden. Sein Reichsleiter ist vorausschickend ein Dr. Gubolt. Hier bisher der Propagandaabteilung des Reichshelms angehörte. — „at bereits seinen Einzug in das Funthaus gehalten.“

Ein internationaler Bühnenwag. Friedrich Wolffs Drama „Die Matrosen von Cattaro“ ist ins Französische, Spanische, Russische und Ukrainische überetzt und erlebt noch in dieser Spielzeit in all diesen Ländern seine Krauführung. In Göttingen ist das Stück noch nicht gespielt worden.

Fort mit den Sondergerichten!

Sozialdemokratische beantragte Aufhebung der Notverordnung

Die sozialdemokratische Reichsjustizkommission beantragt, daß die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Fehler und die Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August 1932 aufgehoben werden.

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror mit ihrer drakonischen furchtbaren Strafandrohung ist nicht notwendig zur Bekämpfung des politischen Terrors. Vielmehr gegenläufig die bestehenden Bestimmungen der Strafgerichtsbarkeit und anderer Gesetze, wie z. B. des Sprengstoffgesetzes, vollkommen, um eine gerechte Beurteilung der Terroristen herbeizuführen.

Verlangt hat bisher nicht das Strafgesetz, verlangt haben vielmehr die Gerichte in der Anwendung der Strafbestimmungen gegen Terroristen von rechts her. Gegenüber Inzestribunalen, auch gegenüber den Reichsbannerangehörigen, hat man bisher schon auf Grund des bestehenden

Rechts furchtbare Strafen ausgesprochen. Man denke nur an das Zuchthausurteil von Dillau, das auf Grund des bestehenden Rechts erging. Die Sozialdemokratie ist auch aus prinzipiellen Gründen stets eine Gegnerin der Todesstrafe gewesen und hält es deshalb nicht für begründet, jetzt die Todesstrafe auszubringen. Die Verordnung über die Bildung von Sondergerichten geht zurück auf eine Brünning-Notverordnung. Die sozialdemokratische Reichsjustizkommission hat seinerzeit schon beantragt, die Ermächtigung zur Bildung von Sondergerichten zu befristet. Anfolge der Zulassung des alten Reichstags kam dieser Antrag aber nicht mehr zur Beratung.

Die Sondergerichte sind unnötig; sie sind aber vor allen Dingen in der Verordnung vom 9. August 1932 eingerichtet, daß die Angeklagten vollkommen rechtslos gemacht worden sind.

Beseitigung jedes Rechtsmittels, willkürliche Einschränkung der Beweisaufnahme, Einschränkung der Verteidigung sind nur einige der wichtigsten Bestimmungen. Es zeigen, daß es nicht hilft, an einzelnen Mängeln herumzubasteln. Die Rechtsmittel der Angeklagten können nur dann wieder hergestellt werden, wenn die Sondergerichte überhaupt beseitigt sind.

Auf Kosten der Arbeiter

Bekämpfung des Tarifrechts

Lohnabbau — das ist alles, was der Reichsanwalt den Arbeitern zu sagen hat. Man sollte es nicht für möglich halten: schon die Regierung Brüning hat doch zur Genüge den Lohnabbau erbracht, daß Lohnabbau die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden kann. Selbst wenn die und dort der Lohnabbau den Beschäftigten etwas abgeräumt haben sollte, dann war doch der Preis für viele Art und Befämpfung der Arbeitslosigkeit viel zu hoch. Man hat Arbeitslosigkeit vermindert, aber dadurch größere Arbeitslosigkeit geschaffen. Und nun soll von neuem dieser Preis erbehalten werden? Die Regierung der Barone wird durch die Beseitigung des Tarifrechts die Möglichkeit dazu schaffen.

Beseitigung des Tarifrechts? In Münster erklärte der Kanzler in seiner Rede, die Regierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungsgesetz in ihrem wesentlichen Inhalt aufrecht zu erhalten. Dieses Versprechen wurde von völlig überflüssig; denn die Arbeitslosigkeit ist sich darüber im klaren, daß die Kanzler (stärkeren Möglichkeiten zur Unterbreitung des Tarifrechts praktisch den Sinn des Tarif- und Schlichtungsgesetzes durchweg aufheben. Werden die vom Kanzler verkündeten Durchführungen des Tarifrechts verwirklicht, dann ist dieser nur noch ein ausgebliebener Teil, und dafür dankt die Arbeitslosigkeit. An der Erfüllung abstrakter Rechtsgrundsätze liegt den Gewerkschaften sehr wenig, wenn es einen materiellen Inhalt, den diese Rechtsgrundsätze sichern sollen, gar nicht mehr gibt.

Dieser materielle Inhalt des Tarifrechts muß zwingend durch die Erfüllung der Bestimmungen der Notverordnung wirtlich die vom Kanzler angekündeten Tarifauflösungsmöglichkeiten bringt. Auch ist diese Notverordnung nicht erlassen, und schon bemüht sich die Unternehmerpresse auszuweisen, wo überall Lohnpolitische Erleichterungen zu schaffen wären. So schreibt z. B. die „Rheinische Zeitung“ über die neuen Schlichtungsbestimmungen: Wenn die Entlohnung der über 20 Wochenstunden hinausgehenden Arbeit unter bestimmten Bedingungen (Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte) unter den Tariflag geleitet werden darf, so ergibt sich daraus, daß auch für wiedereröffnete Betriebe, die auf Grund der vorjährigen Vergleichszahl keine Vergleichserhöhung ausweisen können, lohnpolitische Erleichterungen geschaffen werden sollten. Dasselbe sollte in denjenigen Fällen eintreten, in denen ein Unternehmen seine Löhne senken möchte, wenn ihm keine Erleichterungen auf lohnpolitischem Gebiet zugewandert werden.“

Seiffert in Moabit

Die erste Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter

Direktor Seiffert von der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz ist bekanntlich nach seiner Verhaftung in Prag auf Antrag der heutigen Regierung dieser Lage ausgeliefert und in das Untersuchungsgefängnis in Berlin-Moabit eingeliefert worden. Zunächst soll Seiffert der Defauer Staatsanwaltschaft vorgeführt werden, wo gegen ihn ein Strafverfahren wegen Meineids läuft. Man entschied sich aber in letzter Stunde an zuständiger Stelle dafür, daß zuerst das Verfahren wegen Bilanzverschleierung und handelsrechtlicher Untreue durchgeführt wird. Seiffert wurde gestern mittag dem Untersuchungsrichter in Moabit zur Vernehmung vorgeführt.

Nach seiner Festnahme hatte Seiffert zunächst allen Behörden gegenüber die Aussage verweigert, und auch dem Untersuchungsrichter gegenüber machte er gestern nur kurze Angaben. Er übertrug ihm aber eine ausführliche Vernehmungsschrift, die er in der Zwischenzeit im Gefängnis angefertigt hatte. Seiffert nimmt zu allem ihm zur Last gelegten Beschuldigungen Stellung und bekennt mit aller Entschiedenheit, sich strafbar gemacht zu haben. Aus seinem Verhör, das er ebenfalls schriftlich niedergelegt und dem Richter übergeben hat, mit Seiffert den Nachweis führen, daß er imstande war, den Posten als Direktor der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz vorzuführen.

Frau Seiffert, die bekanntlich im Verdacht stand, den Verhaftungen ihres Mannes gemischt zu haben, hat, wie wir hören, die Scheidungsklage eingereicht, um eine andere Ehe eingehen zu können. Der Scheidungstermin ist auf nächste Woche anberaumt.

Rinder epidemien

Ungarn wird zur Zeit von Rinder epidemien heimgehegt. Verschiedentlich größeren Bauernguts und Anstalten. Außerdem mußten in mehreren Orten wegen des Auftretens von Rinderparatubiose die Schulen geschlossen werden.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 31. August

Allgemeine Abschwächung

Den Preisveränderungen der letzten Zeit folgen am Mittwoch an der Berliner Produktbörse ein stiller und eine allgemeine Abschwächung. Das erhebliche Preisniveau hat das Angebot in Weizen vermindert, während die Nachfrage der Mühlen auf die erforderliche Getreidemenge hinweist. In der Getreidebörse sind die Preise um 3 Mark nach unten. Auch auf hiesige Weizen sind geringe Umsätze, während Roggen bei übermäßigem Getreideangebot überaus ruhig verlief. Die Nachfrage der hiesigen Getreidebörse ist im Hinblick auf den morgen beginnenden neuen Weizenmarkt eine stillere. In der Getreidebörse sind die Preise um 2 Mark nach unten. Die Preise für Weizen- und Roggenmehl zeigen keine großen Veränderungen. Es wurde aber nur das laute Getreidegeschäft beobachtet. Folgt dem: (siehe Preisliste unten)

	30. August	31. August
30-Minuten Getreide (in Mark)		
Weizen	208-210	208-208
Roggen	190-192	190-191
Trappweizen	212-216	212-216
Weizen	156-163	159-166
Roggen	134-139	134-136
Weizenmehl	23,00-23,25	23,00-23,00
Roggenmehl	21,00-21,25	21,00-21,00
Spezialmehl	27,00-27,25	27,00-27,25
Roggenmehl	6,50-6,75	6,50-6,75

Naziprügel für Naziwähler!

So sieht es heute in Deutschland aus / Ein Rohheitsakt in Dessau

Das „Dessauer Volksblatt“ bringt folgenden aufschreckenden Bericht, den es den verantwortlichen Regierungen nicht unterbreiten möchte. Wie bemerkenswert noch dazu, daß sich die Angaben des Briefes nach unseren Informationen bestätigen:

Dessau, den 23. August 1932.

In die Redaktion des „Volksblatts für Anhalt“ Dessau.

Befahren Sie, daß ich mir als — bis gestern noch — politisch Andersdenkender die Freiheit nehme, Ihnen zu schreiben. Ich ging durch die — zu dieser Zeit wenig beliebte — Antisemitische und ich, wie drei uniformierte Nationalsozialisten einen jungen Menschen, der jämmerlich krieche, verprügeln.

Nicht weit davon entfernt fanden zwei gutgekleidete Herren (es waren Vater und Sohn, wie ich später erfuhr), die gleich mir, den Hergang der Szene beobachtet hatten. Der Jüngere der beiden sagte darauf zu den Nationalsozialisten: „Warum schlagen Sie denn gleich? Meinungsäußerungen können doch friedlich erledigt werden; so etwas will ja der Führer gar nicht!“ Die Worte waren mir — das muß ich offen bekennen — aus dem Herzen gesprochen, denn es war mir unangenehm, daß drei trügliche Männer auf einen einzigen — noch dazu jämmerlich aussehenden — Jungen einschlagen konnten.

Die Nationalsozialisten hatten auch diese Worte gehört, als sie sich schon auf die beiden Herren zugingen und sie antworteten: „Das geht Sie gar nichts an! Weitergehen!“ Dabei drängten sie die Herren zum Weitergehen. Natürlich verbot ich der Jüngere von beiden diese Antisemitische, aber wohlgerichtet in durchaus ruhiger und sachlicher Weise. Später wurde mir berichtet, daß ich aus diesem Grunde nicht gehört.

Wichtig ist für mich zu meinem Entsetzen, wie die Nationalsozialisten

die beiden Herren, welche inzwischen weitergegangen waren, hinter sich niederstießen. Auf die geländende Hilfe der am Boden liegenden eile ich zur Stelle, um zu helfen, dabei hörte ich, wie der Sohn ganz verzeimel ausrief: „Alld mir, wir haben nationalsozialistisch gewöhnt!“

Als die von mir benachrichtigte Polizei — der Polizeiposten kam gerade aus dem Wartelokal dritter Klasse — am Tumor erschien, hatten sich die Begehrer bereits in die Bahnhofsanlagen geflüchtet.

St es denn möglich? fragte ich mich entsetzt. Ist man hier in Dessau als friedlicher Bürger seines Lebens nicht mehr sicher?

Wagen es entmenschte Straßläufer — die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten verbindend —, noch jetzt, nach dem Leben ihrer Mitmenschen zu greifen?

Was paßt da nicht ein Grauen? Wer von den nationalsozialistischen Wählern hat sich da nicht? Wenn sich die Nationalsozialisten selbst aus diesen solcher Halbmenschen zusammensetzen, und es hat den Ansehen — dann ist es um die Zukunft unseres Vaterlandes schlimm bestellt!

Zum Schluß noch ein Wort! Nach diesem Erlebnis fiel es mir wie Schuppen von den Augen, und mit tiefer Scham dachte ich daran, daß ich, vertrauend auf die moralischen Reden, wie so viele gleich mir Mißvergnügte, nationalsozialistisch gewählt habe. Nun laßt eine Schuld auf meinem Gewissen, deshalb, weil ich durch meine Stimme geholfen habe, derart unmenschlichen Kreaturen Würde in die Welt zu blasen.

Es dürfen aber überzeugt sein — und das möchte ich als eine Zeit Ruhe werden —, in mir und sehr, sehr vielen anderen, die diese traurige Geschichte erfahren, werden Sie neue Anhänger in Ihre Bewegung finden. Mit ergebener Hochachtung E. H.

Die weißen Sklaven von Kentucky

Ausnutzung der Bergarbeiter - Die amerikanischen Schriftsteller greifen ein

Polizei im Bunde mit den Bergherren

Zwei Epochen aus dem Drama der sozialen Kämpfe, die zur Zeit in den Vereinigten Staaten ausgefochten werden, sind ausnehmender Erwähnung wert, weil sie als Symptome für das Gewand der öffentlichen Meinung bei den Zivilisierten in Amerika die Lage blühend erhellend. In einem der ärmsten und rückständigsten Bezirke der Vereinigten Staaten, in Kentucky nämlich, haben sich die Arbeiter der Kohlenbergwerke gegen die sklavensüchtigen Methoden der Ausnutzung aufgelegt, die nur zu sehr an die düstere Zeit der Feudalherrenhaft gemahnen. Die Bergwerkgesellschaften sind nicht nur Besitzer der Kohlengruben, sie sind auch Eigentümer des Grundes und Bodens der elenden Arbeiterdörfer.

Dies heißt das brutale System selbstherrlicher Willkür ohne jede Beschränkung.

Die Arbeiter sind verpflichtet, in den Häusern der Gesellschaft zu wohnen und zwar zu Mieten, die diese nach Gutdünken festsetzen. Sie müssen fernere ihre Einkünfte in den Geschäften der Gesellschaft machen, wo sie wesentlich höhere Preise zu bezahlen haben als in den unabhängigen Geschäften des Bezirks. Ein Verbot gegen diese Anordnung wird mit sofortiger Entlassung des Arbeiters bestraft. Ist die Arbeitswoche zu Ende, so fliehet den Arbeitern nichts von ihrem Lohn, ja, sie haben häufig noch ein Schuldkonto bei der Gesellschaft. Von auswärtig kommende Arbeiter sind von vornherein verdrängt und werden, wenn sie überhaupt eingestellt werden, auf Schritt und Tritt übermäßig. Im Falle eines Streiks der Arbeitergesellschaft werden die Familien der Streikenden erbarmungslos aus den Häusern der Gesellschaft gejagt und bei Wind und Wetter auf die Straße gesetzt. Besonders furchtbar liegen die Dinge in der Grafschaft Karlan des Staates Kentucky, wo seit geraumer Zeit schon ein erbitterter Kampf zwischen den in Streit befindlichen Bergarbeitern, die seit entlassen sind, ihre Verbandorganisationen anfruchtbar zu erhalten, und den Gesellschaften, die noch effizienter sind, ihre Organisation mit Stumpf und Stiel auszurufen. Es ist bereits zu

gerufen. Unter Führung von Theodore Dreiser, dem berühmten Verfasser des erregenden Romans „Eine amerikanische Tragödie“, haben sich Edmund Wilson, John Dos Passos und andere Schriftsteller zu einem Schulkomitee zusammengesetzt, um den unglücklichen Familien der freudigen Arbeiter zu Hilfe zu kommen. Die Folgen dieses menschenfreundlichen Eingreifens liegen nicht auf sich warten. Theodore Dreiser und seinen Kollegen wurden wegen „verbrecherischer Syndikatsbildung“ der Prozeß gemacht. Es ist das eine ebenfalls effiziente wie dehnbare Beschuldigung, die in verschiedenen Staaten beliebt ist, um sich derjenigen zu entledigen, die gegen die in manchen Industrien herrschenden Sklavereimethoden ankämpfen. Damit der Tragödie die Satire nicht fehlt, wurde Dreiser, ein Mann, der das sechzigste Lebensjahr überschritten hat, überdes als

eines Verleugers gegen die Sittlichkeit beschuldigt,

auf Grund der weltanschaulichen Tatsache, daß eine Sekretärin des Schulkomitees zu später Abendmahl sein Hotelzimmer betreten hätte. Es braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, daß die Mitglieder dieses Schulkomitees von Schriftstellern zum sofortigen Verlassen der Grafschaft Karlan genötigt wurden, unter Hinweis auf die schweren Folgen, die sie bei der Nichtbeachtung des Ausweisungsbefehls zu erwarten hätten. Bei einem zweiten Mißverständnis, das von dem Schriftsteller Wald Frank unternommen wurde, drang die Polizei des Städtchens Pineville sogar in die Wohnung der Mitglieder des Komitees ein und mißhandelte sie auf der Polizeiwache in furchtbarer Weise. Frank und einer seiner Gefährten wurden dabei so lächelnd zugerichtet, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Drachis Reform stößt

Die für heute angetragene prehlische Notverordnung über ein „großzügiges Vermögensreform“ ist bis auf weiteres zurückgeschoben worden. Zunächst sollen noch eine Reihe von Einzelbesprechungen geführt werden.

Politische Spießerei

In der Nacht zum Dienstag wurde in Berlin-Charlottenburg ein Nationalsozialist getötet. Unter dem Verdacht die Tat begangen zu haben, wurden am Dienstag zwei Personen der Kommunistischen Partei verhaftet, verurteilt. Näheres darüber wird mit Rücksicht auf die weiteren Ermittlungen vorerst nicht bekanntgegeben werden.

Zusammenhängen zwischen den Streikenden und den Schutztruppen der Gesellschaft gekommen, die sich aus dem Abschaum der niedrigsten Klassen rekrutieren. Dabei hat es Tote und Verwundete gegeben, in der Hauptfrage bei den Arbeitern.

Die erbarmungslosen Existenzbedingungen der Frauen und Kinder, die aus den Häusern gejagt wurden und gezwungen sind, halb nadt und verhungert unter Zelten zu kampieren, hat nun neuerdings eine Anzahl von Schriftstellern auf den Plan

